

# Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages  
am Mittwoch, dem 4. Februar 1998

## Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Adler, Brigitte (SPD)	27, 28	Krüger, Thomas (SPD)	33, 34
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	21, 45	Kubatschka, Horst (SPD)	31, 32
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	35	Lamp, Helmut (CDU/CSU)	1, 2
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	15, 16	Meckel, Markus (SPD)	38, 39
Erler, Gernot (SPD)	40, 41	Müller, Michael (Düsseldorf) (SPD)	8, 9
Eymer, Anke (CDU/CSU)	29, 30	Schily, Otto (SPD)	10, 44
Ganseforth, Monika (SPD)	42, 43	Schmidbauer, Horst (Nürnberg) (SPD)	23, 24
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	11, 12	Schmitt, Heinz (Berg) (SPD)	4, 5
Iwersen, Gabriele (SPD)	17, 18	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	36, 37
Kastner, Susanne (SPD)	3, 22	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid (SPD)	25, 26
Kemper, Hans-Peter (SPD)	13, 14	Wallow, Hans (SPD)	19, 20
Kirschner, Klaus (SPD)	6, 7		

**Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie . . . . .	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft . . . . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung . . . . .	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung . . . . .	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit . . . . .	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr . . . . .	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau . . . . .	10
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts . . . . .	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen . . . . .	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter  
**Helmut  
Lamp**  
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die notwendige Pflege des Deiches und des Deichvorlandes an der Westküste Schleswig-Holsteins vernachlässigt wird, so daß ein sicherer Hochwasserschutz in absehbarer Zeit nicht mehr gegeben sein wird?
  
2. Abgeordneter  
**Helmut  
Lamp**  
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung in Abstimmung mit dem Bundesrat, Mittel für Küstenschutzmaßnahmen einzubehalten, wenn ein Bundesland Maßnahmen, die für effektiven Küstenschutz unerlässlich sind, bewußt unterläßt?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,  
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

3. Abgeordnete  
**Susanne  
Kastner**  
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Verwendung von Geräten, mit deren Hilfe Leitungswasser mit Kohlensäure versetzt wird, aus ökologischer Sicht, und gibt es Ökobilanzen zur Bewertung der Alternative Mineralwasser/Trinkwasser mit Kohlensäure versetzt?\*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,  
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

4. Abgeordneter  
**Heinz  
Schmitt  
(Berg)**  
(SPD) Welche Maßnahmen gibt es seitens der Bundesregierung, um einen Zugang zu den neuen Informations- und Kommunikationstechniken für alle Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, und welche Pläne verfolgt die Bundesregierung, um einen universellen „Multimedia“-Zugang zu erreichen?

---

\*) s. hierzu auch Frage 22

5. Abgeordneter  
**Heinz  
Schmitt  
(Berg)**  
(SPD)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung Insitutionen der allgemeinen Erwachsenenbildung bei der Vermittlung von „Multimedia“-Kompetenzen bei, und werden solche Institutionen in Förderprogramme des Bundes einbezogen?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern**

6. Abgeordneter  
**Klaus  
Kirschner**  
(SPD)
- Welche Einsparungen würden sich für den Bundeshaushalt und die sonstigen Haushalte von Bundesbehörden bzw. Bundeseinrichtungen pro Jahr ergeben, wenn bei der zahnmedizinischen Versorgung von Beihilfeberechtigten wie jetzt bei Zahnersatz bei den in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten der 1,7fache Satz der Gebührenordnung für Zahnärzte abgerechnet wird?
7. Abgeordneter  
**Klaus  
Kirschner**  
(SPD)
- Wie sehen die entsprechenden Zahlen der weiteren öffentlichen Haushalte (Länder, Landkreise, Kommunen usw.) aus, und wieviel Geld könnte hier bei einer Festschreibung auf den 1,7fachen Satz zugunsten des Steuerzahlers eingespart werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft**

8. Abgeordneter  
**Michael  
Müller  
(Düsseldorf)**  
(SPD)
- Welche Auswirkungen wird das Multilaterale Abkommen für Investitionen (MAI) nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion in der OECD auf die Umweltgesetzgebung des Bundes und der Länder haben, und wie sollen negative Auswirkungen auf die Umwelt und die soziale Situation durch Investitionen, z. B. im Bereich Tourismus, verhindert werden?

9. Abgeordneter  
**Michael Müller**  
(Düsseldorf)  
(SPD)
- Wie sollen international vereinbarte Umweltnormen und Verhaltensregeln im MAI der OECD verankert werden, und wie können deutsche Unternehmen verpflichtet werden, bei Finanz- und Anlageinvestitionen in Entwicklungsländern die deutschen Umweltaforderungen, z. B. im Bereich chemische Pflanzenschutzmittel, einzuhalten?
10. Abgeordneter  
**Otto Schily**  
(SPD)
- Mit welchen Rückwirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den asiatischen Ländern, insbesondere Südkorea, Taiwan, Hongkong, Indonesien, Singapur, den Philippinen, Thailand und Malaysia, auf die deutsche und europäische Wirtschaft rechnet die Bundesregierung?\*)

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung**

11. Abgeordneter  
**Günter Graf**  
(Friesoyte)  
(SPD)
- In wie vielen Fällen ist die Bundesanstalt für Arbeit seit 1994 bis heute angesichts der hohen Arbeitslosigkeit behinderter Menschen durch Einleiten von Verfahren wegen Nichterfüllung der Beschäftigungsquote gegen Arbeitgeber eingeschritten?
12. Abgeordneter  
**Günter Graf**  
(Friesoyte)  
(SPD)
- Wie hoch ist das Aufkommen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz seit 1994, aufgeteilt nach privaten und öffentlichen Arbeitgebern, und inwieweit werden diese Mittel dazu verwendet, Arbeitsplätze für Schwerbehinderte zu schaffen, um so einen Beitrag zur Minderung der Arbeitslosenquote behinderter Menschen zu leisten?
13. Abgeordneter  
**Hans-Peter Kemper**  
(SPD)
- Wie hat sich angesichts der dramatisch zunehmenden Arbeitslosigkeit seit 1994 die Beschäftigungslage der Behinderten allgemein entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

\*) s. hierzu auch Frage 44

14. Abgeordneter  
**Hans-Peter  
Kemper**  
(SPD)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der privaten Arbeitgeber und der öffentlichen Arbeitgeber, die ihre Beschäftigungsquote nicht erfüllen, und wie haben sich diese Zahlen seit 1994 entwickelt?
15. Abgeordneter  
**Hans  
Büttner  
(Ingolstadt)**  
(SPD)
- Auf welche datenschutzrechtliche Grundlage stützt die Bundesregierung ihre Auffassung, daß es aufgrund des geänderten SGB VII ab 1997 nicht mehr zulässig sei, daß der Hauptverband der Berufsgenossenschaften (HVBG) von den Berufsgenossenschaften in Fragebögen über die Anmeldung von Entschädigungsansprüchen nach § 551 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung (RVO) die Frage stellt, ob in einem Unternehmen, in dem Verdacht auf eine Berufskrankheit aufgetreten ist, neben dem erkrankten Arbeitnehmer weitere mit den gleichen Arbeiten wie der Erkrankte beschäftigt sind und sich bei diesen ähnliche Krankheitserscheinungen gezeigt haben (s. Antwort auf meine Fragen 41 bis 44 in Drucksache 13/9585)?
16. Abgeordneter  
**Hans  
Büttner  
(Ingolstadt)**  
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß bei Verdachtsfällen von noch nicht in die Liste der Berufskrankheiten aufgenommenen Fällen solche Fälle jemals als Berufskrankheiten anerkannt werden können, wenn es unerlaubt sein soll, bei Verdachtsfällen durch das Erheben der in Frage 15 genannten Daten, eine mögliche Kausalität aufgrund empirischer Befunde zu beweisen, und wie will die Bundesregierung in solchen Fällen eine präventive Arbeitsschutzpolitik durchsetzen, die die Rentenkassen und betroffene Versicherte davor bewahrt, daß das Risiko ursächlich arbeitsbedingter Erkrankungen von den Versicherten selbst bzw. der gesetzlichen Rentenversicherung getragen werden muß?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung**

17. Abgeordnete  
**Gabriele  
Iwersen**  
(SPD)
- Hält die Bundesregierung eine Beeinträchtigung der Funktionsfähigkeit stationärer Radaranlagen und Flugabwehrraketensysteme zur Radarüberwachung des Tieffluglufttraumes durch besonders hohe Windkraftanlagen, die Reflektionen auf den Radarschirmen verursachen, für möglich?

18. Abgeordnete  
**Gabriele Iwersen**  
(SPD)
- Sind der Bundesregierung solche Beeinträchtigungen der Radarüberwachung des Tiefflugluft- raumes durch hohe Windkraftanlagen bekannt, und hält die Bundesregierung ggf. eine Höhenbe- grenzung für Windkraftanlagen in der Bauleit- planung für notwendig?
19. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß in den Depots des Wachbataillons beim Bundesministe- rium der Verteidigung immer noch Karabiner gelagert werden, die mit Hakenkreuzen ver- sehen sind, und ist der Bundesregierung bekannt, ob noch weitere Materialbestände bei der Bun- deswehr vorhanden sind, auf denen NS-Symbole angebracht sind (vgl. Frage 37 in Drucksache 13/2279)?
20. Abgeordneter  
**Hans Wallow**  
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, ggf. für eine sofor- tige und ausnahmslose Entfernung jeglichen mit NS-Symbolen versehenen Geräts aus den Beständen der Bundeswehr, so auch aus den Depots des Wachbataillons beim Bundesministe- rium der Verteidigung, Sorge zu tragen, und mit welcher Begründung ist dies bislang nicht ge- schehen?
21. Abgeordneter  
**Jürgen Augustinowitz**  
(CDU/CSU)
- Bei welchen öffentlichen Gelöbnissen der Bun- deswehr ist es von 1990 bis heute zu Störungen gekommen, und welche Gelöbnisse mußten in diesem Zeitraum aufgrund angekündigter links- radikaler Krawalle abgesagt oder in die Kasernen zurückverlegt werden?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit**

22. Abgeordnete  
**Susanne Kastner**  
(SPD)
- Ist nach Auffassung der Bundesregierung der Verkauf von Mineralwasser in PET-Flaschen nach geltendem Recht zulässig, obwohl nach Angaben der Brunnenindustrie Stoffe aus dem Kunststoff, wie z. B. Acetaldehyd, in das Mineral- wasser eindringen und es geschmacklich verän- dern, und welche Möglichkeiten sieht die Bun- desregierung, dies zu verhindern? \*)

\*) s. hierzu auch Frage 3

23. Abgeordneter  
**Horst Schmidbauer**  
(Nürnberg)  
(SPD)
- Kann die Bundesregierung die Auffassung bestätigen, daß der Versorgungsvertrag gemäß § 111 SGB V das Indikationsspektrum der Leistungsart Rehabilitation der Kureinrichtung dieser Krankenkasse abdeckt, ohne eine bestimmte Indikation auszuschließen?
24. Abgeordneter  
**Horst Schmidbauer**  
(Nürnberg)  
(SPD)
- Welche Gründe liegen nach Einschätzung der Bundesregierung vor, daß das Bundesversicherungsamt zu einem verhandlungsentscheidenden Zeitpunkt eine restriktive Auslegung von § 140 SGB V vorgenommen hat, in dem Sinne, daß eine Klinik, sofern sich die Indikationsstellung ändert, nicht unter den Bestandsschutz des § 140 Abs. 1 SGB V fällt?
25. Abgeordnete  
**Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk**  
(SPD)
- Auf welche Ursachen führt die Bundesregierung es zurück, daß eine Krankenkasse, die nach § 140 Abs. 1 und 2 SGB V in eigener Trägerschaft Einrichtungen weiterführen will, dies nur kann, wenn sich einseitig die Gehaltssumme bei Einrichtungen um über 30% absenkt, wie die Augsburger Allgemeine Zeitung am 8. November 1997 meldet?
26. Abgeordnete  
**Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk**  
(SPD)
- Worin sieht die Bundesregierung die Gründe, daß Krankenkassen, die ihre Einrichtungen entsprechend §§ 111 und 107 SGB V gemäß des Stands wissenschaftlicher Erkenntnis betreiben wollen, daran gehindert sind, wenn sie ihren Mitarbeitern Bestandsschutz ihrer Verträge bieten und entsprechend die Löhne und Gehälter in gleicher Höhe beibehalten wollen, aber dafür die Qualität der erbrachten Leistung senken müssen, um wirtschaftlich arbeiten zu können?
27. Abgeordnete  
**Brigitte Adler**  
(SPD)
- Auf welche Äußerungen des Gesetzgebers (Bundestags-, Verhandlungs- und Anhörungsprotokolle) oder auf welche Forderungen von Beteiligten bzw. Verbänden stützt sich das Bundesversicherungsamt bei seiner Interpretation des § 140 Abs. 1 SGB V, nach der eine Klinik, sofern sich die Indikationsstellung ändert, nicht unter den Bestandsschutz von § 140 Abs. 1 SGB V fällt?



28. Abgeordnete  
**Brigitte  
Adler**  
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, den Weiterbetrieb von Eigeneinrichtungen von Krankenkassen zu beanstanden, falls Krankenkassen als Träger einer Einrichtung mit einer definierten Indikation innerhalb des Indikationsspektrums Rehabilitation diese Indikation voll oder teilweise abändert?

### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr**

29. Abgeordnete  
**Anke  
Eymer**  
(CDU/CSU)
- Welche zusätzlichen Kosten werden dem Bund durch die aktuelle Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, den Planfeststellungsbeschuß für die A 20 im Raum Lübeck bis zur Hauptverhandlung vorläufig auszusetzen, entstehen, und welche Kosten fallen nach der derzeitigen Planung der A 20 von der Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommern bis zum Anschluß an die A 1 bei Lübeck an?
30. Abgeordnete  
**Anke  
Eymer**  
(CDU/CSU)
- Welche Kosten entstehen, wenn die Verbindung von der Landesgrenze Mecklenburg-Vorpommerns nicht als Autobahn, sondern als Bundesstraße ausgestaltet würde, und welche Kosten und Zeitplanveränderungen entstünden, wenn für die Bundesautobahn die Nordanbindung mit gleichzeitiger Einbeziehung des Tunnels unter der Trave gewählt würde?
31. Abgeordneter  
**Horst  
Kubatschka**  
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Donau als einziger mitteleuropäischer Fluß bislang ohne eine für alle Anliegerstaaten gültige Gefahrgutverordnung ist, und falls ja, was beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um ein verbindliches Übereinkommen mit einheitlichen Sicherheitsstandards für die Donau zu erreichen?
32. Abgeordneter  
**Horst  
Kubatschka**  
(SPD)
- Wie ist der Stand der Bemühungen der EU-Kommission um einheitliche Regelungen, die für nationale und grenzüberschreitende Beförderungen von Gütern auf der Donau gelten sollen, und welche Initiativen hat die Bundesregierung hierbei ergriffen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,  
Bauwesen und Städtebau**

33. Abgeordneter  
**Thomas  
Krüger**  
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang Fördergelder des Bundes an das Bonner Kunstmuseum fließen, und wenn ja, wird die Bundesregierung mit Blick auf diesen Umstand Einfluß auf die Stadt Bonn als Trägerin des Museums ausüben, damit die Zusammenarbeit des Kunstmuseums mit Sammlern bzw. privaten und anderen Einrichtungen eindeutig deklariert wird?
34. Abgeordneter  
**Thomas  
Krüger**  
(SPD)
- Welche Konsequenzen im Hinblick auf die Förderung mit Bundesmitteln zieht die Bundesregierung daraus, daß im Dezember 1997 unter dem Titel „German Art – dreißig Jahre zeitgenössische deutsche Kunst“ eine Ausstellung im Bonner Kunstmuseum eröffnet wurde, in der lediglich Werke aus der Sammlung Hans Grothe zu sehen sind, die zu einem großen Teil aus Werken von Künstlern aus dem Rheinland besteht, somit Künstler aus anderen Teilen Deutschlands – aus Ostdeutschland etwa – ausspart und der Titel der Ausstellung aufgrund der verengten Perspektive folglich irreführend ist?
35. Abgeordneter  
**Dietrich  
Austermann**  
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung eine flächendeckende Raumordnungsplanung durch ein Bundesland zur grundsätzlichen Begrenzung der Errichtung von Windenergieanlagen auf genau festgelegte Vorrangflächen für vereinbar mit der bundesgesetzlichen Privilegierung der erneuerbaren Energie in § 35 Abs. 1 Nr. 7 des Baugesetzbuches?

**Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts**

36. Abgeordnete  
**Dr. Angelica  
Schwall-Düren**  
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, verbleibende Kosten zur Unterstützung hochwassergeschädigter polnischer Gemeinden (konkret Bystrica Klodza und Glucholazy) zu

übernehmen, damit vorhandenes sächliches und personelles Potential, d. h. Behelfsbrücken und die Bereitschaft von Mitarbeitern des Technischen Hilfswerks (THW), den Transport und Aufbau ehrenamtlich zu begleiten, nicht ungenutzt bleibt?

37. Abgeordnete  
**Dr. Angelica  
Schwall-Düren**  
(SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, daß die Überlassung von drei Lkw an Manfred Roeder für das umstrittene „Deutsch-Russische Gemeinschaftswerk“ als Projekt mit humanitärem Interesse interpretiert wurde, die Überlassung und der Aufbau von Behelfsbrücken jedoch nicht als humanitäre Aktion klassifizierbar sein soll, insbesondere die außenpolitische Signalwirkung und im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit deutscher Administration?

38. Abgeordneter  
**Markus  
Meckel**  
(SPD)

Hält die Bundesregierung in Anbetracht der Tatsache, daß beispielsweise in der polnischen Gemeinde Bystrica Klodza 35 Brücken und der Gemeinde Glucholazy 2 Brücken im Zuge der Hochwasserkatastrophe zerstört wurden, es für möglich, daß ein Teil des ungenutzten und vor der Ausmusterung stehenden bundesdeutschen Vorsorgebestandes an Behelfsbrücken und Festbrückengerät in diesen Gemeinden als Hilfsleistung zum Einsatz kommt, um die Infrastruktur notdürftig herzurichten?

39. Abgeordneter  
**Markus  
Meckel**  
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Bundesministerien für Verkehr, des Innern, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Verteidigung und das Auswärtige Amt zwar nacheinander grundsätzliche Hilfsbereitschaft bekunden, sich jedoch offenbar kein Bundesministerium für die Finanzierung eines solchen Vorhabens oder die Koordination zwischen den Ressorts zuständig fühlt, so daß der dringende Hilferuf seit September 1997 im Raum steht, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, bei ähnlich gelagerten Fällen zukünftig mehr Handlungsfähigkeit zu gewährleisten?

40. Abgeordneter  
**Gernot  
Erler**  
(SPD)

Beruft sich die „Stiftung für Versöhnung und Verständigung“ in Moskau bei ihrer Weigerung, Entschädigungszahlungen auch an ehemalige russische Kriegsgefangene in Deutschland zu zahlen, zu Recht auf die Bundesregierung, und welche Haltung vertritt die Bundesregierung bei der Frage der Entschädigungszahlung an ehemalige Kriegsgefangene?

41. Abgeordneter  
**Gernot Erler**  
(SPD)
- Welche Möglichkeiten haben aus der Sicht der Bundesregierung ehemalige russische Zwangsarbeiter, die in der deutschen Rüstungsindustrie während der NS-Zeit eingesetzt wurden, zu einer Entschädigung zu gelangen, und wie viele dieser russischen Zwangsarbeiter sind nach den Unterlagen der Bundesrepublik Deutschland noch am Leben?

### Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

42. Abgeordnete  
**Monika Gansforth**  
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher unternommen, und was hat sie erreicht, um den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. März 1997 (Drucksachen 13/7263 und 13/4052) zur Aufhebung der Steuerbefreiung von Flugkraftstoffen auf EU-Ebene umzusetzen?
43. Abgeordnete  
**Monika Gansforth**  
(SPD)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, und was hat sie bisher erreicht, um entsprechend der Forderung des Deutschen Bundestages die Flugkraftstoffbesteuerung im internationalen Rahmen der Internationalen Luftfahrtorganisation (ICAO) durchzusetzen?
44. Abgeordneter  
**Otto Schily**  
(SPD)
- In welchen Größenordnungen sind deutsche Kreditinstitute nach Kenntnis der Bundesregierung mit Krediten im asiatischen Raum engagiert? \*)
45. Abgeordneter  
**Jürgen Augustinowitz**  
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang nutzen nach den Erkenntnissen der Bundesregierung EU-Mitgliedsländer Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds, um mit diesen Geldern ihre Haushalte zwecks Erfüllung der

\*) s. hierzu auch Frage 10

Konvergenzkriterien zu sanieren, und welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um zu verhindern, daß diese „Sanierungserfolge“ bei der Beurteilung der Erfüllung der Konvergenzkriterien Berücksichtigung finden?

Bonn, den 30. Januar 1998





